

**Protokoll
über die 15. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 08.09.2005**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:00 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Multifunktionsraum (E 070)

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika Die Linkspartei.PDS

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU

ordentliche Mitglieder

Brill, Anna Die Linkspartei.PDS
Lüdtke, Hannelore SPD
Meslien, Daniel SPD
Nagel, Cornelia BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Woywode, Robert CDU

stellvertretende Mitglieder

Leppin, Patricia Unabhängige Bürger
Marksteiner, Klaus Die Linkspartei.PDS
Schulz, Andreas Die Linkspartei.PDS

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter
Pawlitzok, Heinz

Verwaltung

Junghans, Hermann
Seifert, Frank
Selke, Achim

Leitung: Erika Sembritzki

Schriftführer: Katy Berend

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Bestätigung der Sitzungsniederschriften
 - 2.1. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 13. Sitzung vom 09.06.2005

 - 2.2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 14. Sitzung vom 25.08.2005

3. Mitteilungen der Verwaltung

4. Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

5. Beschlussvorlagen aus dem HA
 - 5.1. Überplanmäßige Ausgaben für Kosten der Unterkunft nach § 22 SGB II
Vorlage: 00726/2005

6. Sozialbericht 2004

7. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und die Gäste und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung ist den Ausschussmitgliedern fristgemäß zugegangen und wird ohne Änderungen bestätigt.

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschriften**

zu 2.1 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 13. Sitzung vom 09.06.2005**

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird ohne Änderungen bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

zu 2.2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 14. Sitzung vom 25.08.2005**

Bemerkungen:

Da das Protokoll erst während der Sitzung verteilt wird, sprechen sich die Ausschussmitglieder dafür aus, die Protokollkontrolle in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

Bemerkungen:

Antrag "Sicherung Fortbestand der Zukunftswerkstatt"

Herr Junghans berichtet, dass sich der Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften in der heutigen Sitzung den Empfehlungen des Ausschusses für Soziales und Wohnen angeschlossen hat. Allerdings wurde darauf verwiesen, dass eine Garantie zum Fortbestand – wie im Beschlussvorschlag formuliert - aufgrund des Selbstaufhebungsrechts des Vereins nicht gegeben werden kann; dem Anliegen des Antrages der PDS-Fraktion jedoch Rechnung getragen wird.

Haushalt 2006

Herr Junghans informiert die Ausschussmitglieder, dass die Budgetvorgaben für den Haushalt 2006 im sozialen Bereich trotz aller Sparbemühungen nicht eingehalten werden können. Die Gründe hierfür liegen in der gesellschaftlichen

Entwicklung und den Vorgaben von Land und Bund. Aus seiner Sicht können nur noch mit Standardreduzierungen Einsparungen erzielt werden. Wird dieser Schritt von Land und Bund nicht gewünscht, muss die Kommune mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Oft vorgeschlagene Einsparungen, wie z. B. im Kulturbereich mit einem Etat von ca. 900.000 € (ohne Theater), reichen bei weitem nicht aus, um die Fehlbedarfe zu decken.

Auf die Frage eines Ausschussmitgliedes, ob u. a. Fehlentscheidungen der Stadtvertreter zu dieser Situation geführt hätten, weist Herr Junghans darauf hin, dass der Hauptgrund in der Fallzahlsteigerung im pflichtigen Bereich zu sehen ist. Auch bei beispielsweise kompletter Kürzung des freiwilligen Bereiches würde das Defizit nicht gedeckt werden können.

Ein Gespräch des Oberbürgermeisters mit dem Minister für Arbeit, Herrn Holter, und der Finanzministerin, Frau Keler, am morgigen Tag wird diese Situation zum Inhalt haben. Nach den aktuellen Rechnungen kann die Stadt nicht mit einer Entlastung durch die Einführung von Hartz IV rechnen.

Frau Sembritzki berichtet von der am Vortag erfolgten Einbringung des Doppelhaushalts 2006/2007 im Landtag. Dort ist eine ähnliche Situation zu verzeichnen. Auch dort muss im Sozialbereich nachgesteuert werden.

Unter der Voraussetzung, dass vom Gespräch des Oberbürgermeisters mit den Ministern aussagekräftige Informationen vorliegen, wird für den 22. September eine weitere Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen vorgemerkt.

Frau Lüdtko regt an, sich mit dem Thema Frühförderung in eine der nächsten Sitzungen detaillierter zu befassen.

Herr Junghans wird einen Anfang Juli im Forum Die Welt veröffentlichten Artikel zum Protokoll geben.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 4 Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

Bemerkungen:

Aufgrund neuer interessanter Überlegungen wird die Verwaltung die Beschlussvorlage "Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II" nicht wie geplant in der September-Sitzung, sondern erst in der Sitzung im Oktober zur Beschlussfassung in der Stadtvertretung vorlegen.

Der Ausschuss begrüßt die Entscheidung der Verwaltung.
Eine neue inhaltliche Diskussion wird jedoch erst geführt, wenn neue Fakten aus der Verwaltung vorliegen.

Frau Leppin regt die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Fraktionen zu dieser Problematik an. Herr Junghans ist ausdrücklich an der Kommunikation interessiert und betont, dass diese Möglichkeit bereits genutzt wurde.

Herr Baumotte interessiert sich für die Ergebnisse bei Zusatzjobs und der Vermittlung von Personen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und vermisst die unmittelbare Berichterstattung durch Vertreter der ARGE.

Die Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung, dafür zu sorgen, dass Vertreter der ARGE wieder regelmäßig an den Ausschusssitzungen teilnehmen.

Bezogen auf die Frage nach Zusatzjobs verweist Herr Junghans auf eine Entscheidung, mehr über ABM als über MAE zu fördern, da für ABM noch ausreichend Mittel zur Verfügung stehen.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 5 **Beschlussvorlagen aus dem HA**

**zu 5.1 **Überplanmäßige Ausgaben für Kosten der Unterkunft nach § 22 SGB II
Vorlage: 00726/2005****

Bemerkungen:

Nach Erörterung der Verwaltung und Begründung zur Notwendigkeit erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder stimmen der Beschlussvorlage DS 00726/2005 zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

zu 6 **Sozialbericht 2004**

Bemerkungen:

Herr Junghans macht zu Beginn seiner Ausführungen deutlich, dass es sich um den ersten umfassenden Sozialbericht handelt. Er bittet die Ausschussmitglieder ausdrücklich um Verbesserungsvorschläge und Anregungen, um sie beim nächsten Sozialbericht berücksichtigen zu können. Ziel ist es, den nächsten Bericht in zwei Jahren vorzulegen.

Die Information der Stadtvertreter über den Sozialbericht 2004 erfolgt im Rahmen der Mitteilungen des Oberbürgermeisters.

Mittels einer PowerPoint-Präsentation werden von der Verwaltung die Schwerpunkte des Berichtes dargestellt. Dabei wird deutlich, dass der Bericht bezogen auf die Sozialhilfe als abschließend anzusehen ist. Intensiv wurde sich mit der Eingliederungshilfe beschäftigt.

Hinsichtlich der demografischen Entwicklung wird darauf verwiesen, dass Schwerin einen Prozess durchmacht, der anderen Städten noch bevorsteht. Detaillierte Zahlen zur Bevölkerungswanderung sind im Statistischen Jahrbuch nachzulesen.

Aufgrund der steigenden Zahl älterer Menschen ist perspektivisch von einem höheren Bedarf an altengerechtem Wohnraum auszugehen. Diese Problematik wird sich nur gemeinsam mit den Vermietern lösen lassen.

Die Einkommenssituation der älteren Menschen in Schwerin ist im Bundesvergleich noch gut.

Frau Lüdtko weist darauf hin, dass auch die Bewohner in Einrichtungen der Behindertenhilfe Pflegestufen erhalten und bittet um entsprechende Berücksichtigung.

Herr Woywode schlägt die Erstellung eines Abkürzungsverzeichnisses für den nächsten Bericht vor.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei allen, die an der Erarbeitung des Berichtes beteiligt waren. Den Ausschussmitglieder soll er als ständiges Arbeitsmaterial dienen, auch mit Blick auf Anregungen für die Fortschreibung.

Beschluss:

Der Sozialbericht 2004 wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

zu 7 Sonstiges

Bemerkungen:

entfällt

gez. Erika Sembritzki

Vorsitzende

gez. Katy Berend

Protokollführerin